

Gleiche Rechte – unbedingt und in allen Lebenslagen

🕒 Lesezeit: 14 Minuten



Keine Randgruppe: In der Schweiz haben 1,8 Millionen Menschen eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Beeinträchtigung.

Bild: Getty Images

Die Schweiz grenzt Menschen mit Behinderungen systematisch aus und versteckt sie. Sie lassen sich das nicht mehr gefallen.

Von **Daniel Benz**, **Birthe Homann** und **Lea Oetiker**

Veröffentlicht am 3. Dezember 2022 - 12:36 Uhr

Islam Alijaj sagt unmissverständlich: «Wir wollen die Machtergreifung im Behindertenwesen!» «Wir», das sind Menschen, wie er einer ist. Alijaj hat eine Zerebralparese und eine Sprechbehinderung.

Er sitzt im Rollstuhl und braucht Unterstützung bei den alltäglichsten Dingen. Im Februar wurde er in den Gemeinderat der Stadt Zürich gewählt. Mit zwei Stimmen Unterschied hat er sich den Sitz erobert. Geholfen haben ihm viele, vor allem auch andere Menschen mit Behinderungen. Menschen, die in Heimen leben, verbeiständet sind und nicht abstimmen dürfen.

«Diese Leute sind auf die Strasse gegangen und haben Flyer verteilt und Werbung für mich gemacht.» Wenn sie schon nicht wählen dürften, wollten sie wenigstens zeigen, wer für sie in der Politik mitreden soll, sagt Alijaj. «Ich bin jetzt ihr Sprachrohr und setze mich

für ein Wahl- und Stimmrecht für alle ein.»

Ignoriert und bevormundet

Sprachrohr? Islam Alijaj lacht, als er merkt, was für ein Sprachbild er da verwendet hat. Seine Sprechbehinderung stört ihn nämlich am meisten. Dass er sein Potenzial mündlich nicht abrufen kann, dass er ständig unterschätzt wird. «Das schmerzt.»

Er habe Jahre gebraucht, die Kränkung zu überwinden, dass man ihn intellektuell nicht ernst nahm. Heute sei er aber sehr selbstbewusst, ein anderer Mensch als die Person, die er mit 18 war. Trotzdem stosse er auch heute noch jeden Tag auf Widrigkeiten. «Es braucht viel Kraft, sich immer wieder dagegenzustellen.»

Alijaj erzählt vom Besuch in einer Pizzeria mit seiner Frau und den beiden Kindern. Die Kellnerin legt die Speisekarte wie selbstverständlich nur seiner Frau vor, die keine Behinderungen hat. Als er die Bestellung aufgeben will, versteht sie ihn nicht und gibt sich auch keine Mühe. Erst als Alijaj laut und bestimmt sagt, sie müsse halt näher treten und gut zuhören, gelingt es.

Oder der Termin in der Arztpraxis: Er will eine Bescheinigung abholen, rollt zum Schalter, dahinter steht die Praxisangestellte. Hinter ihm sind zwei weitere Patienten in der Schlange. Die Praxisangestellte spricht über seinen Kopf hinweg nur mit den hinteren beiden. «Als ob ich unsichtbar wäre.»



Vorbild und Sprachrohr für Menschen mit Behinderungen: Zürcher SP-Gemeinderat Islam Alijaj an seinem Arbeitsplatz. Quelle: Michael Sieber

Islam Alijaj ist einer der wenigen, die es mit einer Beeinträchtigung in die Politik geschafft haben. Der Zürcher mit kosovarischen Wurzeln politisiert, weil er weiss, dass er nur so etwas bewegen kann. Als Sprachrohr und Vorbild.

Wie am 3. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen. Die Kundgebung auf dem Zürcher Helvetiaplatz ist eine Bühne, wie gemacht für ihn und seine Anliegen. «Wir wollen selbst entscheiden, wie wir wohnen, wie wir lieben, was wir arbeiten, ob wir Kinder haben, ob wir abstimmen.»

Wohnen, Arbeit, Teilhabe, Selbstbestimmung: Damit kämpfen Menschen mit Behinderungen am meisten. Das wollen sie jetzt korrigieren.

Doch da gibt es noch viel zu tun. Die Uno warf der Schweiz Ende März vor, sie verstosse gegen das Recht auf Gleichbehandlung. «Schwerwiegende Mängel in der Gesetzgebung», «kein ausreichender Schutz vor Diskriminierung», «paternalistisches Aufsichts- und Lenkungsverhalten» – das sind drei Befunde aus dem sogenannten Schattenbericht von Inclusion Handicap, dem Dachverband der Behindertenorganisationen.

Er geht der Frage auf den Grund, wie die Schweiz die Behindertenrechtskonvention der Uno umsetzt. Das Übereinkommen basiert auf dem Konzept der Inklusion. Beeinträchtigte Personen sollen also miteingeschlossen werden, auf allen Ebenen.

Dazu ein vierter Befund: «Ein Leben in der Gemeinschaft mit gleichen Wahlmöglichkeiten bleibt ihnen verwehrt.»

1,8 Millionen Menschen in der Schweiz betroffen

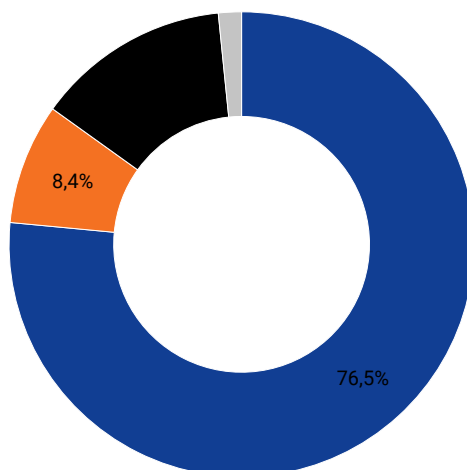
Bei der Frage geht es nicht um eine Randgruppe. In der Schweiz haben 1,8 Millionen Menschen eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Beeinträchtigung (siehe [Grafik](#)). Dass jede fünfte Person betroffen ist, ist im öffentlichen Raum kaum wahrnehmbar.

Menschen mit Behinderungen bleiben häufig unter sich, werden ausgegrenzt. Viele leben im Heim und arbeiten in einer Institution. Oft aus Notwendigkeit aufgrund der Schwere ihrer Einschränkung – vielfach aber auch, ohne diese Lebensform selber gewählt zu haben.

Genau das ist das Problem.

Personen mit Behinderungen, die in Privathaushalten wohnen, geben folgende **Ursache** für ihre Einschränkung an:

körperlich psychisch körperlich und psychisch andere



Grafik: Irina Eftimie | Text: Daniel Benz und Birthe Homann • Quelle: BFS/SGB • Erstellt mit [Datawrapper](#)

Bei Personen mit **starken oder vollständigen Einschränkungen** ist das Hörvermögen am häufigsten betroffen.

Hörvermögen	78 000
Sehvermögen	77 000
Gehvermögen	67 000
Sprechvermögen	28 000

Grafik: Hanna Lauer | Text: Daniel Benz und Birthe Homann • Quelle: BFS/SGB • Erstellt mit [Datawrapper](#)

Die Schweiz hat die Behindertenrechtskonvention 2014 ratifiziert und sich damit

verpflichtet, die Inklusion zu verwirklichen. Der Bundesrat ging damals davon aus, die Schweiz erfülle die Anforderungen der Konvention weitgehend.

Wie weit er damit danebenlag, zeigt jetzt der Bericht des zuständigen Uno-Ausschusses: Er listet über 70 verbesserungswürdige Punkte auf.

Am meisten hapert es beim Zugang zum regulären Arbeitsmarkt und zur Bildung. Bei der Selbstbestimmung im Wohnbereich, der politischen Mitwirkung und der rechtlichen Handlungsfähigkeit

«Der Fehler liegt im System. Es ist falsch konstruiert.»

JONAS STAUB, GRÜNDER DER NON-PROFIT-ORGANISATION BLINDSPOT

Die föderalen Strukturen mit wechselnden Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen sowie ein gesetzgeberischer Flickenteppich verschärfen die Situation. Auch bei der sichtbarsten Massnahme, der Beseitigung von baulichen Barrieren, gibt es viel Verbesserungspotenzial.

Gemäss Schätzungen sind 90 Prozent der Bushaltestellen in der Schweiz für Menschen mit körperlichen Behinderungen nicht oder nur schwer zugänglich.

Diese Versäumnisse sind seit Jahren bekannt und werden von niemandem ernsthaft bestritten. Inklusion finden alle edel und erstrebenswert – und doch passiert wenig. Warum?

In den Wald verbannt

Szenenwechsel. Treffen im Berner Monbijou-Quartier: In der Fabrique²⁸, einem Restaurant mit Industrie-Chic, wartet Jonas Staub. Er setzt sich mit Leib und Seele für eine Gesellschaft ein, in der Inklusion in allen Strukturen als Selbstverständlichkeit gelebt wird. Dafür wurde er mehrfach mit Preisen ausgezeichnet.

Noch bevor er danach gefragt wird, sagt Staub: «Der Fehler liegt im System. Es ist falsch konstruiert.» Das sei ihm bei seiner früheren Tätigkeit als Sozialpädagoge in Behinderteneinrichtungen klargeworden.

Ein Schlüsselmoment? Als er mit Jugendlichen, die er im Heim betreute, für einen Ausflug in die Berner Reitschule wollte, sei ihm das untersagt worden. Er solle doch lieber in den Wald mit ihnen. «Was wollen junge Leute im Wald? Die wollen dorthin, wo sie das

Leben spüren!»

Aus dieser Episode hat Staub das Prinzip abgeleitet, an das er sich bis heute konsequent hält: «Ich frage die Leute immer: ›Was brauchst du?‹ Man muss von den Bedürfnissen ausgehen.»

Einmal im Silo, kommt man kaum mehr raus

Schon hat sich der 50-Jährige, Pulli, Mehrtagebart, gepflegte Strubbelfrisur, in Feuer geredet. Die Kurzform, wie er die bemängelte Fehlkonstruktion sieht: Die Schweiz hat sehr sauber und konsequent ein segregiertes System aufgebaut.

Von der Schule über die Arbeit und das Wohnen bis zu Sport und Freizeit: überall parallele Strukturen, eigenständig organisiert, von getrennten Finanzströmen unterhalten. Und wer einmal in einem dieser Silos gelandet sei, komme nur schwer wieder heraus.

Um die Behindertenrechtskonvention der Uno buchstabengetreu umzusetzen, müsste man das ganze Konstrukt umkrempeln. Denn heute ist Ausgrenzung Programm.

«Unter dem Deckmantel der Sonderförderung werden Menschen gezwungen, ein Leben ohne Sozialraum zu führen. Das ist hochgradig diskriminierend.»

JONAS STAUB

Die Folgen sind fatal. Jonas Staub veranschaulicht es so: Ein Kind mit Beeinträchtigung wird mit dem Taxi zur abgelegenen Sonderschule gefahren, wo es den Tag mit anderen beeinträchtigten Kindern verbringt, bevor es mit dem Taxi wieder nach Hause gefahren wird.

Dazwischen: keine spontanen Kontakte, keine neuen Eindrücke, die es aufnehmen könnte. Dieses Konzept setze sich nahtlos im späteren Lebensverlauf fort, bis Betroffene gar nicht mehr auf die Idee kämen, dass es auch anders sein könnte.

«Unter dem Deckmantel der Sonderförderung werden Menschen gezwungen, ein Leben ohne Sozialraum zu führen. Das ist hochgradig diskriminierend.»

Gleichwertigkeit, nicht Gleichleistungsfähigkeit

Staubs Non-Profit-Organisation Blindspot ist ein Gegenentwurf dazu. Der vor 17 Jahren

gegründete Verein hat mehrere selbständige inklusive Gastrobetriebe lanciert, die sich etabliert haben; darunter die Fabrique28.

Gesamthaft arbeiten rund 20 Menschen mit Behinderungen, teils mit IV-Rente, teils ohne, zusammen mit 30 Nichtbehinderten auf Augenhöhe. Die Restaurants werden als GmbH betrieben. Sie müssen rentabel sein, wie im ersten Arbeitsmarkt üblich.

Kein Blindspot-Betrieb hat je Verlust gemacht. Inklusion kann Mehrwert schaffen.

Die Saläre der beeinträchtigten Mitarbeitenden werden hier nicht über Subventionen finanziert. Sie erhalten reguläre Löhne, die dem entsprechen, was sie leisten können. Dabei wird der Leistungsbegriff neu gedacht: «Als Summe von all dem, was jemand kann», sagt Jonas Staub.

Neben fachlichen Fähigkeiten gehören dazu auch Sozialkompetenz oder etwa die Freundlichkeit im Umgang mit Gästen. Alle tragen das bei, was sie können, auch wenn es nur ein kleines Pensum ist. «Es geht um Gleichwertigkeit, nicht um Gleichleistungsfähigkeit.»

Das zahlt sich auch wirtschaftlich aus: Kein Blindspot-Betrieb hat je Verlust gemacht. Inklusion kann Mehrwert schaffen.

Geradezu unbezahlbar ist sie aus der Optik der Betroffenen. In der Fabrique28 kommt Olivier Marti an den Tisch. Er arbeitet seit 2020 hier im Service, zurzeit drei Stunden am Tag. Marti hat ein Asperger-Syndrom und war früher in einer Stiftung für berufliche Integration tätig. Bei Blindspot wurde daraus echte Inklusion. Ein Booster für das Selbstwertgefühl des 29-Jährigen: «Hier braucht es mich wirklich, ich kann nicht einfach so ersetzt werden.»

Skepsis überall

Um genau dieses Gefühl geht es auch Larissa Wyss aus Biberist. Die 19-Jährige will unbedingt im ersten Arbeitsmarkt Fuss fassen.

Wenn ihre Fingernägel blau anlaufen, weiss Larissa Wyss genau, was geschehen wird. Sie kippt um, krampft und fängt an zu zittern. Manchmal stundenlang. Epilepsie und dissoziative Krampfanfälle. Die Diagnose bekam sie mit 15 Jahren. Wyss ist eine selbstbewusste junge Frau. Zielstrebig und willensstark. Die Erkrankung sieht man ihr

nicht an. Doch sie ist keine einfache Voraussetzung, sich in der Berufswelt zu etablieren. Bereits um ihren Schulabschluss musste sie kämpfen. «Es hiess, ich hätte aufgrund meiner Erkrankung zu viel Stoff verpasst.» Doch sie bewies das Gegenteil und schaffte ihren Abschluss. Das zehnte Schuljahr auf einer Sonderschule verhalf ihr zu ihrer Lehrstelle als Kauffrau im zweiten Arbeitsmarkt. Die Lehre schloss sie im August erfolgreich ab.

«Ich leiste genauso volle Arbeit wie andere auch», sagt Larissa Wyss. Bevor sie eine Festanstellung im ersten Arbeitsmarkt antreten darf, muss sie aber ein Praktikum absolvieren. Ein Arbeitsversuch gemäss IV-Gesetz. Um zu sehen, ob sie im regulären Arbeitsmarkt bestehen kann. «Ich will einen normalen Lohn haben, mit dem ich mir mein eigenes Leben finanzieren kann», sagt sie.



Larissa Wyss: «Ich leiste genauso volle Arbeit wie andere auch.» Quelle: Michael Sieber

Die Suche nach einem Praktikum sei aber frustrierend verlaufen. Sie habe eine Bewerbung nach der anderen geschrieben und lauter Absagen erhalten. Der Grund: ihre Epilepsie.

Larissa Wyss' Anfälle sind oft nicht vorhersehbar und werden zum Beispiel durch Stress, flackernde Lichter und Lärm getriggert. «Vor zwei Jahren fiel ich bei einem Anfall die Treppe hinunter und schlug dabei den Kopf an. Danach verlor ich eine Zeitlang mein Gedächtnis.»

Seit Oktober absolviert sie ein Praktikum als Kauffrau im ersten Arbeitsmarkt – mit Aussicht auf eine Festanstellung. Das Praktikum kann jederzeit verlängert werden, und eine spätere Anstellung ist nicht garantiert, aber es ist der erste Schritt ins «richtige» Berufsleben. Was auch geschehen wird: «Zurück in den zweiten Arbeitsmarkt? Auf gar keinen Fall!»

Geld soll an Personen gehen, nicht an die Institutionen

Für den Inklusionsexperten Jonas Staub gibt es nur einen Weg, um die Blockade zu lösen. «Die Finanzierungsströme müssen geändert werden», fordert er, «radikal und in allen Bereichen.

Es geht um den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung: Nicht mehr die Anbieter einer vordefinierten Leistung – Heime, Werkstätten – sollen Gelder vom Staat erhalten, sondern die Personen, die eine Unterstützung benötigen. Dass eine solche Neuausrichtung für beeinträchtigte Menschen einen Zuwachs an Wahlfreiheit und Selbstbestimmung bringt, zeigen diverse Studien.

Einige Kantone tasten sich an Modelle der Subjektfinanzierung heran, etwa die beiden Basel, Bern, Luzern und Zürich. Noch stehen dabei Lösungen für den Bereich Wohnen im Vordergrund.

Damit der Wechsel funktioniert, braucht es passende Angebote ausserhalb der Institutionen, Angebote wie das der Inklusionspioniere von Blindspot. Seit 2021 bietet die Organisation in Bern die erste inklusive Wohngemeinschaft der Schweiz an. Sie funktioniert wie jede WG: selbstorganisiert, mit Ämtliplan und Sitzungen. Bewohnerinnen und Bewohner erhalten für die Bewältigung von Alltagsaufgaben Unterstützung durch externe Coaches, wenn sie ihren Bedarf anmelden.

Gemischte Vierer-WG

Manchmal sieht man Florian Kaufmann an, wie er um die passenden Worte ringt – und dann stürzen sie förmlich aus ihm heraus. Etwa wenn er schildert, was in ihm vorgeht, wenn er sich im Ausgang einen blöden Spruch anhören muss: «Aha, der Behinderte ist auch auf der Gasse.» Es nervt ihn, so abgestempelt zu werden.

Es macht ihn wütend, aber auch hilflos. «Ich mache ja nur, was alle in meinem Alter tun.» Es sind die Stressmomente im Leben des 20-Jährigen mit den dunklen Locken.

Gut, hat er sein Zuhause als sicheren Hafen. Kaufmann sitzt in der Stube der WG in der Berner Lorraine, wo er seit letztem Jahr lebt. Die vier Zimmer der Altbauwohnung teilen

sich zwei junge Leute mit Beeinträchtigung und zwei ohne. «Es läuft gut, wir lernen voneinander», sagt Kaufmann. Wenn ihm seine Mitbewohner vom Stress bei der Arbeit erzählen, werde ihm klar, dass auch sie ihre Krämpfe im Alltag haben. «Es geht allen gleich.»

Das ist das Schlüsselwort für Florian Kaufmann: Gleich wie sie will er behandelt werden – unbedingt, in allen Lebenslagen. Er arbeitet im Service von Provisorium46, einem der Gastrobetriebe von Blindspot. Weil das häufig bis tief in die Nacht dauert, musste er von Basel nach Bern ziehen. Er fand einen Platz in der inklusiven WG. «Glück gehabt!»



Florian Kaufmann: «Wenn ich mir im Ausgang anhören muss: «Aha, der Behinderte ist auch auf der Gasse», nervt mich das.» Quelle: Michael Sieber

Sein vorgestanzter Weg wäre gewesen, in einer Behinderteninstitution zu wohnen und zu arbeiten. Kaufmann wollte das um keinen Preis. Er weiss genau: Erst das unabhängige Kommen und Gehen ermöglicht einem jungen Menschen die Zugehörigkeit in der Gesellschaft. Oder könnte er als Heimbewohner vom Abtanzen im «Kapitel» bis um halb sechs Uhr morgens erzählen?

Auch sonst probiert Kaufmann gerade das Leben in seiner ganzen Bandbreite aus. Er lernt Gitarre, hat kürzlich ein Breakdance-Probetraining gemacht. Und im Wankdorf-Stadion gewöhnt sich der Basler daran, für YB zu sein.

«Die bestehenden Strukturen in der Heimlandschaft werden grundsätzlich in Frage gestellt, es sind tiefgreifende Änderungen nötig. Die Deinstitutionalisierung ist zu verwirklichen.»

CAROLINE HESS-KLEIN, LEITERIN DER ABTEILUNG GLEICHSTELLUNG BEI INCLUSION HANDICAP

Der Trend zur Individualisierung macht auch vor Menschen mit Behinderungen nicht halt, da ist man sich in der Szene einig. Trägt das auch dazu bei, dass sich die separierten Einrichtungen für Wohnen und Beschäftigung mit der Zeit auflösen?

Caroline Hess-Klein, Leiterin der Abteilung Gleichstellung bei Inclusion Handicap und Mitautorin des Schattenberichts, prophezeit: «Die bestehenden Strukturen in der Heimlandschaft werden grundsätzlich in Frage gestellt, es sind tiefgreifende Änderungen nötig. Die Deinstitutionalisierung ist zu verwirklichen.»

Dies bedeute nicht, dass die Dienstleistungen der Fachpersonen aus diesen Einrichtungen obsolet würden; der Assistenzbedarf bleibe ja. Aber er müsse in einem anderen Rahmen erbracht werden. Das Modell der Spitex, ambulant und agil, könnte als Vorbild dienen.

Betroffene verlieren die Geduld

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB) an der Berner Inselgasse. Hier arbeitet Giulia Brogini, Leiterin der Geschäftsstelle Behindertenpolitik Bund und Kantone. Sie weiss, wie jetzt gehandelt werden müsste. Es gehe nicht nur darum, einen gesetzlichen Rahmen weiterzuentwickeln, man müsse einen Paradigmenwechsel in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Partizipation erreichen, sagt die 52-Jährige.

«In allen Belangen braucht es ein Umdenken in Richtung: die gewünschte Unterstützung bieten. Und nicht: stellvertretend für Menschen mit Behinderungen entscheiden.»

Dies werde lange dauern. Es sei verständlich, dass die Betroffenen, die täglich mit Barrieren zu kämpfen haben, langsam die Geduld verlieren.

SP-Nationalrätin Franziska Roth sagt: «Es fehlt ein konkreter Gesamtplan, der gemeinsam mit Bund, Kantonen und den Betroffenen erstellt werden muss.» Der Einbezug der Betroffenen sei dabei zentral. In ihrem Berufsalltag als Heilpädagogin erlebe sie ständig, wo Löcher im Netz sind. Auch im Parlament gebe es zu wenig Betroffene. «Es braucht mehr Menschen mit Behinderungen in den politischen Gremien.»

Ziel: die Schweiz verpflichten

Menschen wie Islam Alijaj in Zürich. Er hat mehrere Organisationen gegründet, die dafür einstehen, dass Menschen mit Behinderungen in Gesellschaft und Politik wahrgenommen werden und mitbestimmen können. Alijaj sieht sich als Zugpferd für eine gesellschaftliche Veränderung.

Er hat dafür die Inklusionsinitiative mit angestossen. Die eidgenössische Volksinitiative verlangt, dass Menschen mit Behinderungen die personellen und technischen Ressourcen erhalten, um sich vollumfänglich in allen Lebensbereichen einbringen zu können. Die Unterschriftensammlung beginnt im Frühling 2023.

Es tut sich etwas. Über 13'000 Personen fordern in einer kürzlich eingereichten Petition auf, dass die Schweiz das Zusatzprotokoll der Uno-Behindertenkonvention unterzeichnet. Dann könnten Menschen mit Behinderungen Rechtsverletzungen vor dem Uno-Ausschuss geltend machen; heute ist das nicht möglich.

Wenn der Ausschuss die Vorwürfe anerkennt, wäre die Schweiz verpflichtet, über die Umsetzung der Anpassungen innerhalb von sechs Monaten zu informieren. Dieses Vorgehen hat sich bei der Konvention gegen Folter oder für Kinderrechte bewährt.

Mit der Sprache fängt es an

Dass sie sich für die Rechte ihres Kindes einsetzen muss, weiss Sabine Sura aus Zumikon schon länger. Ihre achtjährige Liv wurde mit dem Downsyndrom geboren. Während Liv an ihrem Capoeira-Training teilnimmt und barfuss in die Turnhalle stürmt, spricht ihre Mutter für sie. Das Mädchen ist in seiner Sprachentwicklung verzögert. «Mami Herz» – so drückt Liv zum Beispiel Liebe aus.

Vor zwei Jahren habe Liv bei einem inklusiven Capoeira-Training geschnuppert, es gefiel ihr sehr. Die Musik, der Tanz, die Zweikämpfe. Alter und Können sind egal, alle spielen und kämpfen miteinander.

«Es war, als hätte Liv das schon immer gemacht», sagt Sabine Sura. Im Verein fühle sie sich willkommen, sei voll integriert und ein gleichberechtigter Teil der Gruppe. Auch andere Kinder mit Behinderungen sind dabei.

Liv hat blonde Haare und eine Brille. Sie ist herzlich, laut und etwas stürmisch, eine Frohnatur. Nicht immer sei sie ein selbstverständlicher Teil einer Gruppe gewesen. So sei ihre Tochter beispielsweise nicht für das mehrtägige Lager der Kita eingeladen worden, weil die Leiterinnen dachten, das komme nicht in Frage für sie. Liv fuhr trotzdem mit, und

alles ging gut. «Wieso auch nicht?», fragt ihre Mutter. «Liv ist in erster Linie ein kleines Mädchen wie alle anderen auch.»



Im Capoeira-Training fühlt sich Liv (8) voll integriert und gleichberechtigt. Quelle: Michael Sieber

Liv geht in eine altersdurchmischte Regelklasse zur Schule. Sie bekommt eine Logopädie-Therapie, und eine Heilpädagogin ist mehrere Stunden pro Woche für sie da. «Uns ist wichtig, dass sie Freundinnen vor Ort hat, dass sie hier zur Schule geht wie ihr älterer Bruder», sagt Sura.

Sie engagiert sich auch bei Insieme21, einem Verein für Angehörige von Menschen mit Trisomie 21, und hat dadurch viel Kontakt mit Familien in einer ähnlichen Situation.

«Ich bin zusammengezuckt, als jemand Kinder mit Behinderungen als ›Störfaktor‹ bezeichnet hat.»

SABINE SURA, MUTTER VON LIV

Oft heiße es beim Übertritt in die vierte Klasse, die Schule könne das Kind nicht mehr fördern. Sie sei zusammengezuckt, als jemand von Kindern mit Behinderungen als «Störfaktor» an der Schule geredet habe. «Wie sehr Kinder voneinander lernen, geht in der Diskussion oft unter.»

Die 48-Jährige erinnert sich, wie sie mit ihrer Tochter im Kinderwagen unterwegs war. Liv sei ein paar Monate alt gewesen. Eine Bekannte habe sich über den Wagen gebeugt und gesagt: «Also wir hätten jetzt nicht die Kraft für ein behindertes Kind!» Diese Begegnung habe sich bei ihr eingebrannt.

«Wir werden wohl noch oft für Liv kämpfen müssen», sagt sie und nimmt ihre verschwitzte Tochter in den Arm. Liv strahlt und sagt: «Super.» Das Training war super.

Eigentlich ist es ganz einfach: Menschen mit Behinderungen wollen wie alle anderen selber entscheiden, wie sie leben. Damit das klappt, muss das Schweizer Behindertenwesen umgebaut werden. Beginnen könnte man mit kleinen Eingriffen im feinstofflichen Bereich. Mit der richtigen Wortwahl.

Denn die gebräuchliche Terminologie, Begriffe wie «Invalidität», «Hilflosenentschädigung» oder «Heilpädagogik», weise auf ein «defizitorientiertes Verständnis von Behinderung» hin, schreibt Inclusion Handicap im Schattenbericht. «Invalid», einfach zur Verdeutlichung, bedeutet «wertlos».

Wie sagt man richtig?

Wann gilt man als Mensch mit Behinderungen?

Eine klare Grenzziehung gibt es nicht. Das Bundesamt für Statistik definiert Menschen mit Behinderungen als «Personen, die ein dauerhaftes Gesundheitsproblem haben und die bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens (stark oder etwas) eingeschränkt sind».

Gemäss der Uno-Behindertenrechtskonvention und dem schweizerischen Behindertengleichstellungsgesetz lautet die Definition: «Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Personen, die langfristig körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen haben. Diese erschweren oder verunmöglichen es, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte aufzubauen und zu pflegen, sich aus- und weiterzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben.» Behinderung ist von daher nicht nur ein körperliches oder ein psychisches, sondern auch ein soziales Phänomen.

Die korrekte Wortwahl

Laut der Organisation Agile.ch gilt grundsätzlich der Begriff «Mensch mit Behinderungen». Wenn möglich, nennt man die Art der Behinderung, zum Beispiel: «Mensch mit Sehbehinderung». Man solle vermeiden, nur «Behinderter» oder «Behinderte» zu sagen. Das reduziere Menschen auf ihre Behinderung und vermittele das Bild, es handle sich um eine Spezial- oder Untergruppe innerhalb der Gesellschaft, die sich von Menschen ohne Behinderung abgrenzt.

Mehr zum Thema



werden»

Islam Alijaj ist seit Jahren politisch aktiv. Er engagiert sich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Nun wurde der letztjährige Prix-Courage-Kandidat in den Gemeinderat der Stadt Zürich gewählt. [Mehr](#)



Weil er eine geistige Beeinträchtigung hat, kann Florian Benz nicht selbstbestimmt leben. Das Sozialsystem ist nicht auf Leute wie ihn ausgerichtet. Noch nicht. [Mehr](#)



Nadja Schmid hat eine seltene Krankheit. Sie kann nur mit Hilfe selbstbestimmt leben – und muss deshalb 14 Angestellte managen. Wie sieht ihr Alltag aus? [Mehr](#)

Themen per E-Mail folgen

#Gesundheit

 Folgen

#Behinderung

 Folgen

#Politik

 Folgen

Mehr anzeigen 